

Pressemitteilung

Berlin/Bonn, 4. Oktober 2004

Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern verbessern!

Neue Studien belegen besondere Integrationsproblematik von Immigranten nicht-westlicher Herkunft

Ungeachtet mancher in den letzten Jahren erreichten Fortschritte erweist sich die Integration von Zuwanderern aus nicht-westlichen Herkunftsländern in die Arbeitsmärkte der EU-Staaten nach wie vor als besonders problematisch. Das ist das Ergebnis eines umfassenden vergleichenden Forschungsprojekts zur Arbeitsmarkteingliederung von Ausländern in Deutschland und Dänemark. Auf Basis repräsentativer Migrantenbefragungen untersuchte eine Forschergruppe der dänischen Rockwool Foundation und des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) unter anderem das Bildungs- und Ausbildungsniveau der Zuwanderer, ihre Beschäftigungs- und Einkommensaussichten sowie die Wahrscheinlichkeit einer selbständigen Erwerbstätigkeit. Darüber hinaus ziehen die Wissenschaftler eine „sozio-ökonomische Bilanz“ der Zuwanderung aus staatlichen Transferleistungen und Steuerzahlungen der Migranten.

In Bezug auf ihre **Bildung und Ausbildung** haben Zuwanderer aus nicht-westlichen Staaten unverändert mit erheblichen Defiziten zu kämpfen, sagte IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann anlässlich der Vorstellung der Studien in Berlin. „Der Bildungserfolg ist stark von ethnischer Herkunft, Geschlecht und Einbürgerungsstatus abhängig. Immigrantinnen sind beim Bildungserwerb gegenüber männlichen Zuwanderern eindeutig im Nachteil. Auch die zweite Zuwanderergeneration ist, vor allem in Deutschland, noch weit von gleichen Bildungschancen gegenüber der einheimischen Bevölkerung entfernt. Ähnliches gilt für die Berufsausbildung – auch hier haben nicht-westliche Zuwanderer einen erkennbaren Nachholbedarf und weisen im Durchschnitt eine geringere Wahrscheinlichkeit als Einheimische auf, eine Ausbildung erfolgreich abzuschließen.“

Da sich die **Beschäftigung** insbesondere nicht-westlicher Zuwanderer nach wie vor auf zyklische oder stark vom Strukturwandel betroffene Wirtschaftszweige konzentriert, reagiert sie besonders sensibel auf konjunkturelle Schwankungen. Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und verminderte Chancen auf neue Beschäftigung sind die unmittelbare Folge. Zugleich fällt auf, dass die Beschäftigungsquote dieser Zuwanderergruppe seit Jahren rückläufig ist und deutlich unter derjenigen der Einheimischen rangiert. Dies ist auch auf falsche Anreizwirkungen der sozialen Sicherungssysteme, vor allem aber darauf zurückzuführen, dass inzwischen Familienangehörige und Flüchtlinge den überwiegenden Anteil dieser Zuwanderer stellen, Arbeitsmigration hingegen in den Hintergrund getreten ist. „All dies sind Konsequenzen politischen Handelns“, so Zimmermann.

Selbständige Erwerbstätigkeit könnte in vielen Fällen einen Ausweg aus der angespannten Beschäftigungssituation für nicht-westliche Zuwanderer darstellen. In Dänemark fehlt es hierzu jedoch an den nötigen finanziellen Anreizen: eine abhängige Beschäftigung vermittelt gleiche oder bessere Einkommensaussichten. Dagegen wird in Deutschland zwar die Risikobereitschaft von Unternehmern durch Einkommensvorteile gegenüber abhängig Beschäftigten honoriert, zugleich ist jedoch die Selbständigkeit überwiegend auf einfache Tätigkeitsfelder konzentriert, und insbesondere Frauen sind unter den ausländischen Selbständigen vergleichsweise stark unterrepräsentiert.

Im Hinblick auf die **sozio-ökonomische Bilanz der Zuwanderung** ergeben die vorgelegten Berechnungen merkbare Unterschiede zwischen Dänemark und Deutschland. Für die Gruppe der Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbestaaten (Türkei, Jugoslawien, Griechenland, Spanien, Italien) errechnet sich im Falle Deutschlands ein positiver Betrag an Nettosteuerzahlungen von mehr als 35.000 Euro über die gesamte Lebenszeit. Dagegen sind Einheimische bis zu ihrem Lebensende Nettotransferempfänger von etwa 14.000 Euro. Hier spielt insbesondere die günstigere Altersstruktur der Zuwanderer eine maßgebliche Rolle. Sie sorgt dafür, dass die Einheimischen eindeutig von der Arbeitsmarktpartizipation der Zuwanderer profitieren.

Anders stellt sich die Situation in Dänemark dar, wo zwar Zuwanderer westlicher Herkunft mit über 39.000 Euro mehr als doppelt so hohe Nettosteuerzahlungen leisten als Einheimische, Immigranten nicht-westlicher Herkunft jedoch über ihr gesamtes Leben hinweg durchschnittlich über 140.000 Euro an Nettotransferleistungen erhalten. Im Durchschnitt aller Zuwanderer, unabhängig von ihrer Herkunft, errechnen sich Nettotransferbezüge von etwa 93.000 Euro. Als Grund für diese deutlich ungünstigere Bilanz im Vergleich zu Deutschland lassen sich unter anderem die materiell großzügigere Absicherung insbesondere niedriger Einkommensgruppen in Dänemark und die dort geringere Erwerbsbeteiligung von Zuwanderern anführen.

Angesichts dieser Befunde steht die Politik vor erheblichen Gestaltungsaufgaben auf dem Gebiet der Zuwanderungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die vorgelegten Forschungsergebnisse können eine Orientierungsmarke für das politische Handeln bilden. „An intensiveren Bemühungen zur Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern führt kein Weg vorbei, wenn der Nutzen der Zuwanderung im Interesse der Gesamtgesellschaft so vorteilhaft wie möglich ausgestaltet werden soll“, so IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann.

Die Forschungsergebnisse werden ausführlich vorgestellt in:

**Klaus F. Zimmermann/Holger Hinte, Zuwanderung und Arbeitsmarkt.
Deutschland und Dänemark im Vergleich,
Berlin et al. 2004.**

**Torben Tranæs/Klaus F. Zimmermann (Hrsg.), Migrants, Work, and the Welfare State,
Odense 2004.**